

Verantwortliche, öffentliche Stelle: Notar Dr. Robert Sieren

Amtssitz: Alte Poststraße 19, 49074 Osnabrück

Kontakt: Tel.: +49 (0)541 33513 0, E-Mail: notar@cherek.org

Datenschutzbeauftragter der öffentlichen Stelle: Andreas Maximilian Nolte, DigiConsult Deutschland GmbH,
Kammerer Str. 72, 83278 Traunstein, notar-dsb@digiconsult-deutschland.de

Wir unterrichten Sie gerne gem. Art. 12 Abs. 1 S. 1 i. V. m. Art. 13 Abs. 1 DS-GVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, sowie Ihre sich aus der DS-GVO ergebenden Rechte.

Zwecke der Verarbeitung, Rechtsgrundlagen und Datenweitergabe:

Die vorstehend genannte, öffentl. Stelle verarbeitet Ihre personenbezogene Daten. Diese können entweder von Ihnen selbst, oder aber von Dritten stammen (z. B. Rechtsanwälte, Steuerberater oder Makler) und umfassen beispielsweise: Personen- und Kontaktdaten (z. B. Vor- und Nachname, Tag und Ort der Geburt, Wohnhaft, Geburtenregisternummer, Telefonnummern und E-Mail-Adressen); Daten zu Ihrer familiären Situation (bei Eheverträgen, Testamenten, Erbsachen) bei Grundstücksverträgen Ihre steuerliche Identifikations-Nummer; in Einzelfällen Angaben zu Ihren Vermögenswerten, Rechtsbeziehungen mit Dritten wie z. B. Aktenzeichen oder Kontonummern. Außerdem werden Daten aus öffentlichen Registern, wie z. B. Grundbuch-, Handels- und Vereinsregistern, verarbeitet.

Die vorbezeichnete, verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung ist als Notar Träger eines öffentlichen Amtes im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Amtstätigkeit erfolgt dabei in öffentlicher Aufgabenwahrnehmung sowie in Ausübung hoheitlicher Gewalt gem. Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. e) DS-GVO. Ihre Daten werden verarbeitet, um die von Ihnen angesuchte, notarielle Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Amtspflichten durchzuführen (z. B. Fertigung von Urkundsentwürfen, Beurkundungstätigkeiten, Vollzug von Urkundsgeschäften). Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt daher aufgrund der einschlägigen, gesetzlichen Bestimmungen, die sich aus der Bundesnotarordnung (BNotO) und dem Beurkundungsgesetz (BeurkG) ergeben, welche auch die Rechtsverpflichtung zur Verarbeitung der erforderlichen Daten aus Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) DS-GVO beinhaltet. Eine Nichtbereitstellung der angeforderten, benötigten Daten führt dazu, dass die Durchführung des Amtsgeschäfts versagt werden muss.

Dauer der Verarbeitung:

Die personenbezogenen Daten werden aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, welche sich im Wesentlichen aus § 50 Abs. 1 der Verordnung über die Führung notarieller Akten und Verzeichnisse (NotAktVV) ergeben, wie folgt aufbewahrt:

- Urkundenverzeichnis, Erbvertragssammlung, Sondersammlung und in der elektronischen Urkundensammlung verwahrten Dokumente: 100 Jahre;
- Verwahrungsverzeichnis und in der Generalakte, sowie der Urkundensammlung verwahrten Dokumente: 30 Jahre;
- Nebenakte, sowie Sammelakte für Wechsel- und Scheckproteste verwahrten Dokumente: 7 Jahre, wobei der Notar spätestens bei der letzten inhaltlichen Bearbeitung in besonderen Fällen schriftlich eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmen kann

Die personenbezogenen Daten werden nach Fristablauf gelöscht. Allerdings können gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO aufgrund steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungspflichten (z. B. HGB, AO), sowie andere gesetzliche Regelungen (z. B. Kollisionsprüfungen) eine längere Speicherung der Daten anordnen.

Weitergabe von personenbezogenen Daten:

Die öffentliche Stelle und sämtliche ihrer Mitarbeitenden, sowie der Datenschutzbeauftragte unterliegen der gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht. Ihre Daten dürfen nur im gesetzlich festgelegten Umfang weitergegeben werden, soweit hierzu eine Verpflichtung besteht. Diese Verpflichtungen können z. B. Mitteilungspflichten an Dienststellen der Finanzverwaltung, Behörden, öffentliche Register und Gerichte sein. Für die öffentliche Stelle tätigen Auftragsverarbeiter umfassen insbesondere Softwareanbieter für Notarsoftwareprodukte, IT-Betreibungsunternehmen sowie Hostingdienstleister. Eine Weitergabe von personenbezogenen Daten in Drittstaaten erfolgt nicht, es sei denn Verfahrensbeteiligte sind dort ansässig.

Ihre Rechte:

Wir informieren Sie gem. Art. 13 Abs. 2 lit. b) DS-GVO darüber, dass Sie ein Recht auf Auskunft über die betreffenden personenbezogenen Daten, sowie auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung, sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit besitzen. Ihnen steht jederzeit ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu. Eine Beschwerde kann dabei unabhängig der örtlichen Zuständigkeit bei jeder Aufsichtsbehörde erhoben werden. Die zuständige Aufsichtsbehörde lautet: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover.

Die verantwortliche Stelle behält sich vor, diese Zusammenfassung der Informationspflicht laufend zu aktualisieren.

Stand: 04/2025

Zur Kenntnis genommen:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)